



Coburg Stadt



Wo Anwohner auf die Barrikaden gehen

COBURG STADT, SEITE 11

CoKeriki

Erwischt!

Am Ende wirkten manche Stadträte so, als hätten sie aus Versehen bei ungünstigem Licht in den Spiegel geschaut. Es ist leicht, sich über einen Stadtratskollegen zu ärgern – gerade über einen wie Klaus Klumpers. Wie wenig er inzwischen respektiert wird, zeigt schon das Stöhnen, das aufkommt, wenn Klumpers sich zu Wort meldet. Höflich und dem Stadtrat angemessen ist das nicht. Klumpers ist gewählt und füllt sein Mandat nach seinem Gewissen aus. Und er hat sich dazu bekannt, aus politischen Gründen nichtöffentliche Inhalte öffentlich gemacht zu haben, obwohl er das nicht durfte. Das haben andere auch schon getan: Die Medien erhalten vertrauliche Informationen, doch sie verraten nicht, von wem. Der gewollte Effekt tritt dennoch ein. Klumpers hat auf solche Spielchen verzichtet. Das Ordnungsgeld zahlt er nun auch für diese Offenheit. Und das lässt den übrigen Stadtrat nicht eben gut aussehen. *sb*

Stadtrat verurteilt Klumpers

GESCHÄFTSORDNUNG Klaus Klumpers hatte nichtöffentliche Inhalte bekannt gemacht und damit gegen seine Amtspflicht verstoßen. Das wollte der Stadtrat ahnden. Und dann war da noch die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OB.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED SIMONE BASTIAN

Coburg – Beide Punkte sollten eigentlich in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden. Aber weil die Grünen es beantragten und die beiden Hauptbeteiligten einverstanden waren, befasste sich der Stadtrat vor Publikum und Medienvertretern mit der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Oberbürgermeister Norbert Tessmer (SPD) und der Ordnungswidrigkeit von Klaus Klumpers (ÖDP).

Die Dienstaufsichtsbeschwerde hatte Klumpers eingereicht – aber nicht wegen seinem eigenen Fall, sondern wegen der Bahnun-

terführung Creidnitz. Klumpers hatte wissen wollen, wie die Stadt Ausgaben für diese Unterführung rechtfertigen könne, wenn es sich doch um eine freiwillige Leistung handele. Aber genau in diesem Punkt gehen die Auffassungen auseinander: Laut Stadtverwaltung und der Regierung von Oberfranken ist die Beseitigung von Bahnübergängen gesetzlich vorgeschrieben, also nicht freiwillig. Damit hätten sich aufgrund von Klumpers Frageformulierungen weitere Antworten erübrigt, sagte Juristin Stefanie Grundmann vom Rechtsamt der Stadt. Und: Die Geschäftsordnung des Stadtrats sehe nur vor, dass eine Anfrage beantwortet werden muss. Das Wie sei nicht geregelt.

Klumpers ärgerte sich, dass er kei-

ne Antwort erhielt, und beschwerte sich bei der Regierung von Oberfranken über den OB. Die verwies auf den Stadtrat als das zuständige Gremium. Der Stadtrat wies die Dienstaufsichtsbeschwerde nun als unbegründet zurück. OB Norbert Tessmer nahm während dieses Punkts an der Sitzung nicht teil, Klumpers saß im Publikum.

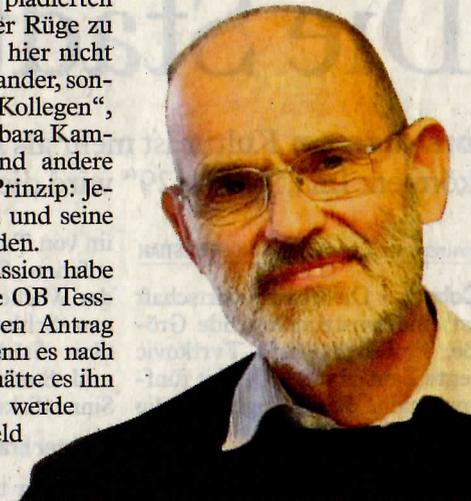
Dort saß er auch, als es gegen ihn selbst ging: Die Fraktionen von SPD, CSU/JC, Pro Coburg, SBC und Hans-Heinrich Eidt von der FDP hatten beantragt, ein Ordnungsgeld gegen Klumpers zu verhängen. Klumpers hatte am 6. August 2015 einen Eilantrag zur kurzfristig einberufenen Feriensenatssitzung gestellt. Die Punkte „Satzungsänderung für die Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg“ und „Änderung des Finanzierungsvertrags“ für die Projektgesellschaft sollten abgesetzt werden, forderte Klumpers. Seinen Antrag übermittelte er zeitgleich den Coburger Tageszeitungen und dazu noch einige Informationen aus der Beschlussvorlage. Die Sitzung war aber nicht öffent-

mehr vor 2025 ausscheiden kann. Das wurde dann damals vom Feriensenat so beschlossen, aber um Rechtssicherheit zu haben, holte der Stadtrat später diesen Beschluss in öffentlicher Sitzung nach. Daran erinnerte am Donnerstag Martina Benzl-Weyh (Grüne). Im Dezember 2015 kam der Antrag von 28 Stadträten, ein Ordnungsgeld gegen Klumpers zu verhängen.

Vorgeschlagen waren nun 150 Euro. Martin Lücke (SPD), Gerhard Amend (CSB) und einige andere Stadträte plädierten dafür, es nun bei einer Rüge zu belassen. „Wir sitzen hier nicht als Strafrichter beieinander, sondern als stadträtliche Kollegen“, sagte Lücke. Für Barbara Kammercheidt (SBC) und andere Redner ging es ums Prinzip: Jeder sei an seinen Eid und seine Amtspflichten gebunden.

Genau diese Diskussion habe er befürchtet, seufzte OB Tessmer: „Ich habe diesen Antrag nicht gestellt, und wenn es nach mir gegangen wäre, hätte es ihn nicht gegeben.“ Er werde für das Ordnungsgeld stimmen, aber „es ist nicht die Rache

Dem Vorschlag, es bei der Rüge zu belassen, stimmten nur die vier Grünen-Stadträte, Martin Lücke, Monika Ufken (SPD), Gerhard Amend und Christian Müller (CSB) zu. Gegen das Ordnungsgeld votierten dann nur noch die vier Grünen sowie die beiden genannten CSB-Stadträte. Klaus Klumpers zeigte sich unbeeindruckt: „Das war es mir wert.“ Er habe seinerzeit nur Punkte an die Öffentlichkeit gebracht, die sonst stets öffentlich behandelt worden waren.



Coburg – Beide Punkte sollten eigentlich in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden. Aber weil die Grünen es beantragten und die beiden Hauptbeteiligten einverstanden waren, befasste sich der Stadtrat vor Publikum und Medienvertretern mit der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Oberbürgermeister Norbert Tessmer (SPD) und der Ordnungswidrigkeit von Klaus Klumpers (ÖDP).

Die Dienstaufsichtsbeschwerde hatte Klumpers eingereicht – aber nicht wegen seinem eigenen Fall, sondern wegen der Bahnun-

terführung Creidnitz. Klumpers hatte wissen wollen, wie die Stadt Ausgaben für diese Unterführung rechtfertigen könne, wenn es sich doch um eine freiwillige Leistung handele. Aber genau in diesem Punkt gehen die Auffassungen auseinander: Laut Stadtverwaltung und der Regierung von Oberfranken ist die Beseitigung von Bahnübergängen gesetzlich vorgeschrieben, also nicht freiwillig. Damit hätten sich aufgrund von Klumpers Frageformulierungen weitere

Antworten erübrigt, sagte Juristin Stefanie Grundmann vom Rechtsamt der Stadt. Und: Die Geschäftsordnung des Stadtrats sehe nur vor, dass eine Anfrage beantwortet werden muss. Das Wie sei nicht geregelt.

Klumpers ärgerte sich, dass er kei-

ne Antwort erhielt, und beschwerte sich bei der Regierung von Oberfranken über den OB. Die verwies auf den Stadtrat als das zuständige Gremium. Der Stadtrat wies die Dienstaufsichtsbeschwerde nun als unbegründet zurück. OB Norbert Tessmer nahm während dieses Punkts an der Sitzung nicht teil, Klumpers saß im Publikum.

Dort saß er auch, als es gegen ihn selbst ging: Die Fraktionen von SPD, CSU/JC, Pro Coburg, SBC und Hans-Heinrich Eidt von der FDP hatten beantragt, ein Ordnungsgeld gegen Klumpers zu verhängen. Klumpers hatte am 6. August 2015 einen Eilantrag zur kurzfristig einberufenen Feriensenatssitzung gestellt. Die Punkte „Satzungsänderung für die Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg“ und „Änderung des Finanzierungsvertrags“ für die Projektgesellschaft sollten abgesetzt werden, forderte Klumpers. Seinen Antrag übermittelte er zeitgleich den Coburger Tageszeitungen und dazu noch einige Informationen aus der Beschlussvorlage. Die Sitzung war aber nicht öffentlich. Wenn Klumpers der Meinung war, die Sitzung dürfe so nicht stattfinden, hätte er die Rechtsaufsicht einschalten müssen, sagte Grundmann.

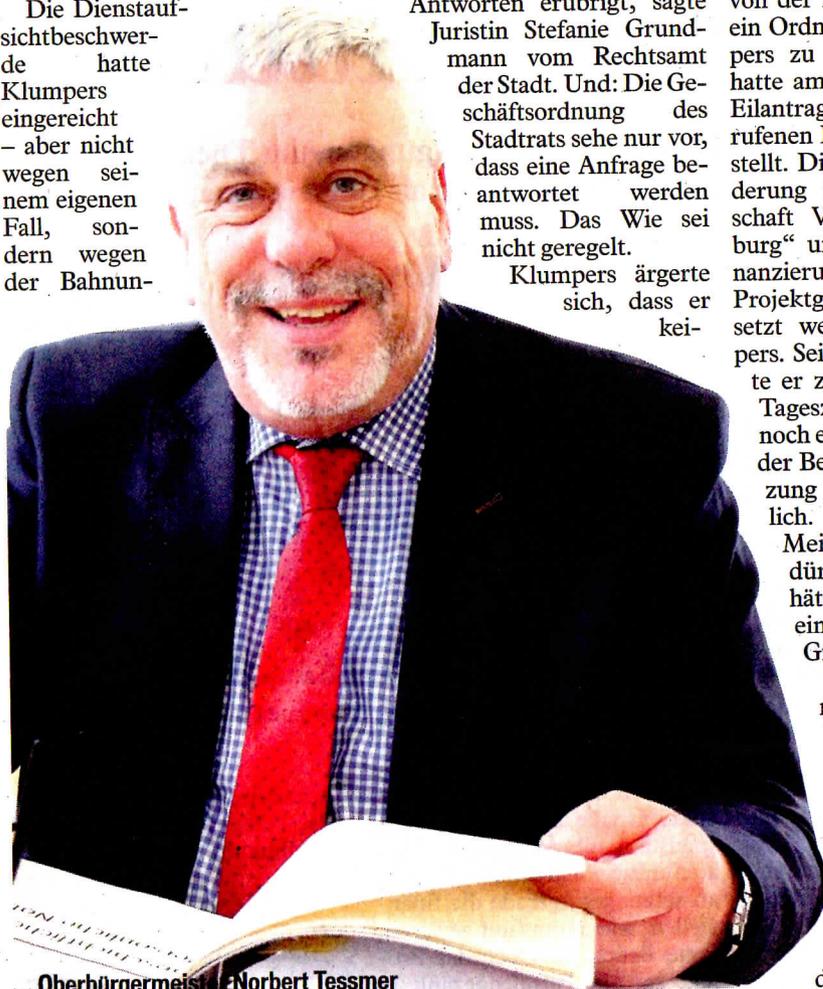
Hintergrund war damals, dass kurz zuvor ein Bürgerentscheid im Landkreis den Ausstieg des Kreises aus der Projektgesellschaft zum Jahresende 2015 erzwungen hatte. Deshalb sollte die Satzung der Gesellschaft so geändert werden, dass kein Mitglied

mehr vor 2025 ausscheiden kann. Das wurde damals vom Feriensenat so beschlossen, aber um Rechtssicherheit zu haben, holte der Stadtrat später diesen Beschluss in öffentlicher Sitzung nach. Daran erinnerte am Donnerstag Martina Benzl-Weyh (Grüne). Im Dezember 2015 kam der Antrag von 28 Stadträten, ein Ordnungsgeld gegen Klumpers zu verhängen.

Vorgeschlagen waren nun 150 Euro. Martin Lücke (SPD), Gerhard Amend (CSB) und einige andere Stadträte plädierten dafür, es nun bei einer Rüge zu belassen. „Wir sitzen hier nicht als Strafrichter beieinander, sondern als stadträtliche Kollegen“, sagte Lücke. Für Barbara Kammercheidt (SBC) und andere Redner ging es ums Prinzip: Jeder sei an seinen Eid und seine Amtspflichten gebunden.

Genau diese Diskussion habe er befürchtet, seufzte OB Tessmer: „Ich habe diesen Antrag nicht gestellt, und wenn es nach mir gegangen wäre, hätte es ihn nicht gegeben.“ Er werde für das Ordnungsgeld stimmen, aber „es ist nicht die Rache für die Dienstaufsichtsbeschwerde!“

Dem Vorschlag, es bei der Rüge zu belassen, stimmten nur die vier Grünen-Stadträte, Martin Lücke, Monika Ufken (SPD), Gerhard Amend und Christian Müller (CSB) zu. Gegen das Ordnungsgeld votierten dann nur noch die vier Grünen sowie die beiden genannten CSB-Stadträte. Klaus Klumpers zeigte sich unbeeindruckt: „Das war es mir wert.“ Er habe seinerzeit nur Punkte an die Öffentlichkeit gebracht, die sonst stets öffentlich behandelt worden waren.



Oberbürgermeister **Norbert Tessmer**



Klaus Klumpers

Klumpers muss Ordnungsgeld zahlen

Coburg – ÖDP-Stadtrat Klaus Klumpers muss an die Stadt Coburg ein Ordnungsgeld von 150 Euro bezahlen. Damit ahndete der Stadtrat am Donnerstag, dass Klumpers Anfang August 2015 vertrauliche Informationen über eine geplante Änderung des Gesellschaftervertrags der Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg an Medien gegeben hatte. Mit der Änderung, die der Feriensenat am 7. August 2015 in nichtöffentlicher Sitzung beschloss, wurde schließlich verhindert, dass die Stadt Coburg – ebenso wie der Landkreis – vorzeitig aus der Projektgesellschaft, die einen neuen Flugplatz bei Neida bauen will, aussteigen kann. Klumpers wird vorgeworfen, mit der Veröffentlichung die „kontroverse Diskussion“ über den geplanten Flugplatz „durch Vorlage eines ‚ungeheuerlichen Vorgangs‘ weiter anzuheizen und seine persönliche Meinung dazu wirksam in der Öffentlichkeit zu verbreiten“. Den Antrag, das Ordnungsgeld wegen „schuldhafter Zuwiderhandlung gegen die Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht“ eines Stadtratsmitglieds zu verhängen, hatten die SPD-, CSU/JC-, SBC- und Pro-Coburg-Fraktion sowie Dr. Hans-Heinrich Eidt, FDP, gestellt.

In der Debatte am Donnerstag waren die Reihen des Stadtrats nicht mehr so geschlossen, wie es zunächst den Anschein hatte. Martin Lücke, SPD, Martina Benzel-Weyh, Grüne, und Monika Ufken, SPD, plädierten dafür, kein Ordnungsgeld gegen den

Leise Presse 24.6.2016

ÖDP-Stadtrat zu verhängen. Klumpers gebe zu, dass er einen Fehler begangen habe, sagte Lücke. Er bevorzuge eine Rüge, zumal in der aufgeheizten Flugplatz-Diskussion auch einem Geheimnisträger Zweifel kommen könnten, sodass er mit vertraulichen Informationen an die Öffentlichkeit trete. Geheimnisverrat sei zwar ein Vergehen, aber der Stadtrat sei kein Strafgericht, „wir sind Kollegen“, betonte Lücke. Gerhard Amend, CSB, warb dafür, „Gnade vor Recht“ ergehen zu lassen.

Horst Geuter, Pro Coburg, Barbara Kammerscheid, SBC, und Thomas Bittorf, CSU/JC sprachen sich dafür aus, das Ordnungsgeld gegen Klaus Klumpers zu verhängen. Jeder Stadtrat habe einen Eid geleistet, dem er verpflichtet sei (Kammerscheid), „und den muss man ernst nehmen“ (Geuther).

OB Norbert Tessmer, SPD, verstand die Auseinandersetzung nicht. Der Antrag der vier Stadtratsfraktionen sei eindeutig, „und jetzt ist von Einschränkungen die Rede“. Wenn es nach ihm, Tessmer, gegangen wäre, „hätte es das Verfahren nicht gegeben“, in das die Verwaltung sehr viel Arbeit und Zeit habe investieren müssen. Dabei habe Coburg ganz andere, wichtigere Probleme zu lösen, sagte Tessmer. Mit 30 gegen sechs Stimmen wurde schließlich beschlossen, das Ordnungsgeld gegen Klaus Klumpers zu verhängen. *wb*